



Landkreis Rotenburg (Wümme)

Der Landrat

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 22.06.2011
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken bis 13.15 Uhr
Abg. Ralf Borngräber ab 9.20 Uhr
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer ab 9.10 Uhr
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger ab 9.20 Uhr
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Reinhard Bussenius bis 13.55 Uhr
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Detlef Cordes
Abg. Dirk Detjen bis 13.30 Uhr
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen bis 11.45 Uhr
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Ute Gudella-de Graaf bis 13.15 Uhr
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap bis 13.30 Uhr
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee bis 13.00 Uhr
Abg. Hans-Jürgen Krahn

Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

ab 9.15 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD'in Heike von Ostrowski
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Marcus Blanken
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Helmut Ringe
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Verleihung des Ehrenzeichens in Gold des Landkreises Rotenburg (Wümme) an Frau Dr. Elfriede Bachmann
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 24.03.2011
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Punkt 12 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/1101/1

Landrat Luttmann führt aus, die Landesschulbehörde habe die Errichtung von sieben Oberschulen in Gnarrenburg, Lauenbrück, Oerel, Scheeßel, Selsingen, Zeven und Visselhövede zum 1. August 2011 genehmigt. Für die Standorte Gnarrenburg, Zeven und Visselhövede sei zusätzlich die Erweiterung um ein gymnasiales Angebot genehmigt worden.

Der Kreistag nimmt von der getroffenen Eilentscheidung gemäß § 60 NLO und dem in der Sitzungsvorlage dargestellten Sachverhalt Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Geplante Deponie Haaßel**
Vorlage: 2006-11/1154

Abg. Kullik führt aus, das große öffentliche Interesse an der Angelegenheit, sei auch ein Grund für den Antrag der SPD-Fraktion auf Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung gewesen. Bisher sei über die geplante Deponie Haaßel nicht im Kreistag beraten worden. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die kurzfristige Beantwortung des Fragenkatalogs seiner Fraktion und bittet um einen Sachstandsbericht durch die Verwaltung. **Landrat Luttmann** berichtet über ein Gespräch beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg am 07.06.2011. Dabei sei deutlich geworden, dass die Behandlung der Angelegenheit aus rechtlicher Sicht zwar in Ordnung und nicht zu beanstanden gewesen sei, die Öffentlichkeitsbeteiligung aber überdacht werden müsse. Die Firma Kriete habe erklärt, die kleine Deponielösung weiter verfolgen zu wollen und beabsichtige hierzu Vertreter aller Beteiligten zu einem „runden Tisch“ einzuladen.

Auf Anregung des **Abg. Kullik** trägt **Landrat Luttmann** die Fragen der SPD-Kreistagsfraktion mit den Antworten der Verwaltung vor (*der Fragenkatalog mit den Antworten der Verwaltung war allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden und ist dem Protokoll nochmals als Anlage beigefügt*).

Der **Landrat** weist ergänzend darauf hin, dass der Grundstücksverkauf des Landkreises seinerzeit auch im Grundstücksverkehrsausschuss behandelt worden sei. Vom Landvolkverband Bremervörde sei mitgeteilt worden, dass an den Flächen kein landwirtschaftliches Interesse bestehe.

Abg. Kullik erklärt, aufgrund der Antworten der Verwaltung ergebe sich noch Beratungsbedarf in der SPD-Fraktion. Er bittet um eine Unterbrechung der Sitzung.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.25 Uhr bis 10.35 Uhr.

Im Anschluss erklärt **Abg. Dreyer**, aus den Antworten der Verwaltung hätten sich mehrere Fragen ergeben. Er möchte wissen, in welcher Form die betreffenden Flächen vor dem Verkauf an die Firma Kriete anderen Interessenten angeboten worden seien. Dass das Amt für Naturschutz- und Landschaftspflege im April 2010 Kenntnis von den geänderten Plänen der Firma Kriete gehabt habe ohne dass die Verwaltungsspitze des Landkreises davon Kenntnis erlangt habe, bezeichnet er als einen unglaublichen Vorgang. Der Kreisausschuss sei sogar erst im Mai 2011 unterrichtet worden. Er fragt, ob die Rücktrittsmöglichkeit aus dem Grundstückskaufvertrag für beide Seiten bestehe. Sollte dies der Fall sein, würden sich nach seiner Ansicht keine Schadenersatzansprüche ergeben.

Landrat Luttmann führt aus, die Grundstücke seien den übrigen Interessenten schriftlich angeboten worden. In der Landkreisverwaltung seien ständig eine ganze Reihe von Genehmigungsverfahren zu bearbeiten, in denen nicht in jedem Fall die Führungsebene (Landrat, Dezernenten) beteiligt werden müsse. Da in diesem Fall der Landkreis nicht Genehmigungsbehörde war, sei die Tragweite der Angelegenheit möglicherweise auf Sachbearbeiterebene

nicht erkannt worden. Beide Parteien könnten von dem Grundstückskaufvertrag bis Januar 2015 zurücktreten, falls eine Genehmigung nicht erteilt werde.

Nach Ansicht des **Abg. Kullik** ist das Thema Bauschuttdeponie Haaßel nach wie vor in Bewegung. Das Planverfahren ruhe zur Zeit, die Gemeinde Selsingen überlege, dem Landkreis das Grundstück 20/18 abzukaufen und die Firma Kriete wolle zu einem „runden Tisch“ einladen. Der von der SPD-Fraktion eingereichte Fragenkatalog stelle kein Misstrauen gegenüber der Arbeit der Kreisverwaltung dar. Vielmehr habe das gesamte Verfahren eine Eigendynamik bekommen. Die große Deponielösung sei nach seiner Ansicht „gestorben“. Deswegen sei bereits in der Sitzung des Unterausschusses am 11.05.2011 ein neues Verfahren einschließlich eines neuen Suchraumverfahrens empfohlen worden. Offenbar sehe der Landrat dies anders. Der Kreistag habe sich schon im September 2004 endgültig von den Deponieplänen in Haaßel verabschiedet und dort Flächen an einen Landwirt verkauft. Auf den verbliebenen Flächen der ehemals vorgesehenen Hausmülldeponie seien Ausgleichsmaßnahmen für den Naturschutz durchgeführt worden. Alle Beteiligten hätten im aktuellen Verfahren Fehler gemacht. Der Kreistag hätte bei seiner Verkaufsentscheidung die Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises hinsichtlich der Notwendigkeit einer Bauschuttdeponie im Kreisgebiet berücksichtigen müssen. Die Samtgemeinde Selsingen habe versäumt, die Deponieflächen aus ihrem Flächennutzungsplan zu streichen. Kritisch sei zu sehen, dass die Landkreisverwaltung die Politik über das durchgeführte Zielabweichungsverfahren nicht zumindest informiert habe. Schließlich hätte die Firma Kriete nicht hinter dem Rücken der übrigen Beteiligten eine größere Deponielösung planen dürfen. Die notwendige Transparenz in diesem Verfahren sei erst durch die Öffentlichkeit entstanden. Die Unkenntnis des Landkreises über das noch in seinem Eigentum befindliche Grundstück 20/18 sei schließlich der letzte Fehler gewesen. Nach alledem sei der Standort Haaßel nach seiner Auffassung so beschädigt, dass ein kompletter Neuanfang gemacht werden müsse. Auch wenn das gesamte Verfahren rechtlich einwandfrei gelaufen sei, seien die Befürchtungen der Bevölkerung, auch hinsichtlich einer in einer sog. „Salamitaktik“ später entstehenden größeren Deponie durchaus nachvollziehbar. Er plädiert dafür, auch die weiteren Planungen für eine mögliche kleinere Lösung am Standort Haaßel einzustellen. Für die SPD-Fraktion stelle er folgenden Antrag: Die Verwaltung solle prüfen, ob im Landkreis Bedarf für eine Bauschuttdeponie oder eine Deponie Klasse I bestehe, welche Flächengröße und welches Deponievolumen benötigt werde, welche Laufzeit/Verfüllzeit vorgesehen werden solle und ob Bauschutt nur aus dem Kreisgebiet oder auch von außerhalb abgelagert werden solle. Weiter solle geklärt werden, ob der Landkreis oder ein privater Investor Betreiber der Deponie sein solle. Schließlich solle ein neues Suchraumverfahren durchgeführt werden.

Wenn diese Punkte von der Verwaltung geprüft worden seien und sich dabei der Standort Haaßel als geeignet herausstelle, werde die SPD-Fraktion diese Entscheidung mittragen. Der Kreistag sei verpflichtet, Schaden vom Landkreis abzuwenden, dies gelte nicht nur für materiellen bzw. finanziellen Schaden, sondern auch für einen Imageschaden.

Auch **Abg. Bussenius** bemängelt, dass der zuständige Fachausschuss seinerzeit nicht über das von der Kreisverwaltung durchgeführte Zielabweichungsverfahren unterrichtet worden sei. Er weist darauf hin, dass die Planungen für eine Hausmülldeponie am Standort Haaßel mehr als 20 Jahre alt seien. Die Firma Kriete habe dort eine Großraumdeponie zumindest für den gesamten Elbe-Weser-Raum geplant. Der Standort Haaßel ist nach seiner Ansicht nicht mehr haltbar, auch nicht für eine kleinere Deponielösung. Auch er könne eine in einer Salamitaktik entstehende größere Deponie nicht ausschließen. Bei einer Neuplanung müsse berücksichtigt werden, dass keine Naturschutzgebiete betroffen sein dürfen, es müssten Alternativstandorte geprüft werden, z. B. auch stillgelegte Industrieflächen. Es solle nur eine Deponie für den regionalen Bedarf entstehen. Der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE sei bewusst, dass eine Bauschuttdeponie notwendig sei. Bei der Planung müssten aber auch bereits in anderen Regionen bestehende Bauschuttdeponien sowie eine bessere Verwertung und Vermeidung berücksichtigt werden. Die aktuell anfallenden Restmengen seien viel zu hoch. Wichtig sei eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Der angekündigte „runde Tisch“ könne hierfür ein Anfang sein. Der Landkreis solle dieses Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Bürgern in Haaßel unterstützen.

Nach Ansicht des **Abg. Bargfrede** waren die Fragen der SPD-Fraktion und die Antworten der Verwaltung allen Beteiligten bereits bekannt, hieraus habe sich nichts Neues ergeben. Das Genehmigungsverfahren werde beim Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg entschieden, der Landkreis gebe in diesem Verfahren lediglich eine Stellungnahme ab. Entscheidend für die Verhinderung der großen Deponielösung sei gewesen, dass der Landkreis sein Grundstück 20/18 nicht verkauft und der Firma Kriete die Nutzung der Zufahrtsstraße nicht gestattet habe. Die Frage nach der Genehmigung für eine kleine Deponielösung könne heute nicht seriös beantwortet werden. Erst nach Beginn eines neuen Planfeststellungsverfahrens werde der Landkreis eine erneute Stellungnahme abgeben müssen. Die Anfragen der Bürgerinitiative aus Haaßel sollten von der Verwaltung beantwortet und die Kreistagsfraktionen hierüber unterrichtet werden.

Abg. Petersen meint, das Verfahren zum Grundstücksverkauf durch den Landkreis sei seinerzeit nicht transparent genug gewesen. Auch nach seiner Ansicht habe in der Sitzung des Umweltausschusses am 11.05.2011 Einigkeit über eine erforderliche neue Prüfung der Standortfrage bestanden. Er spricht sich dafür aus, bei einem neuen Suchraumverfahren auch die Nachbarlandkreise zu beteiligen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Kreistag könne entsprechend der Geschäftsordnung nur über die Verweisung des Antrages der SPD-Fraktion an den zuständigen Fachausschuss beschließen.

Abg. Kullik bittet darum, den Antrag seiner Fraktion als Eilantrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 28.06.2011 zu behandeln.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

Anschließend unterbricht **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die Sitzung von 11.15 Uhr bis 11.45 Uhr.

Abg. Ehlen verlässt die Sitzung um 11.45 Uhr.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Arbeitsgruppe vom 04.02.2011: Mehr Bürgernähe der Landkreisarbeit**
Vorlage: 2006-11/1079/1

Abg. Dr. Fröhlich erläutert, der Antrag stelle keine Kritik an der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises dar, vielmehr wolle er die Verwaltung unterstützen. Das Wissen der Bürger über die Aufgaben des Landkreises bezeichne er als gering. Obwohl die Kreisverwaltung ihren Informationspflichten gut nachkomme, seien die Bürger wegen der vielen verschiedenen Angebote teilweise überfordert, sich die notwendigen Informationen zu beschaffen. Deswegen solle der Landkreis die Arbeit der Kreisverwaltung in der Öffentlichkeit noch mehr erläutern.